

Geopolitische Spannungen, Energiekrise und Teuerung bestimmen die Konjunktur

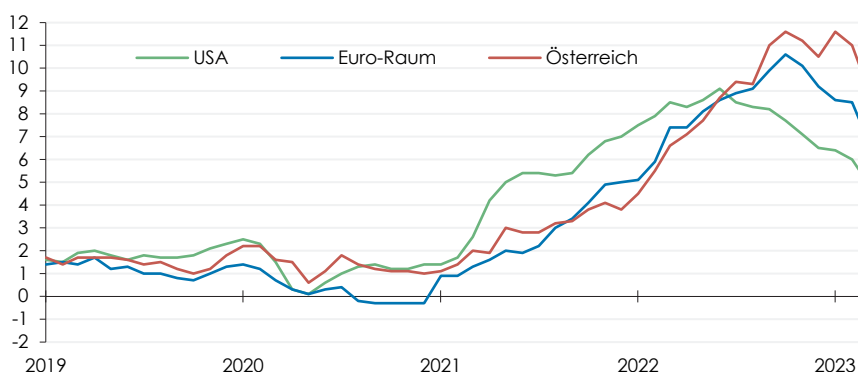
Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2022

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Christine Mayrhuber, Margit Schratzenstaller

- Während die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in den meisten Ländern nachgelassen haben, prägten 2022 geopolitische Veränderungen und die Energiekrise die Weltwirtschaft.
- Durch den Anstieg der Energiepreise erreichte die Inflation vielerorts den höchsten Stand seit mehreren Jahrzehnten. Dies führte zu einer raschen Straffung der Geldpolitik.
- In Österreich stieg die Inflation im Herbst 2022 auf einen Spitzenwert von 11%.
- Die hohen Preissteigerungen belasteten die heimische Wirtschaft, wobei das BIP im 1. Halbjahr 2022 noch kräftig expandierte. Sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage ließen jedoch im weiteren Jahresverlauf nach.
- Die Entwicklung der Löhne und Gehälter war durch erhebliche Reallohnverluste geprägt.
- Die österreichische Bundesregierung setzte umfangreiche Entlastungsmaßnahmen, welche zum Teil bereits 2022 wirksam wurden. Dazu zählen die temporäre Energieabgabensenkung, der Energiekostenausgleich und der Anti-Teuerungsbonus.

Inflation im internationalen Vergleich

Verbraucherpreisindizes, Veränderung gegen das Vorjahr in %



"Die USA und Europa befanden sich 2022 in unterschiedlichen Stadien des Inflationszyklus. Während in den USA die Kerninflation die hauptsächliche Triebkraft der Teuerung war und die Gesamtinflation bereits ab Juli 2022 sank, waren im Euro-Raum die Energiepreise maßgeblich, und die Inflation ging erst im Laufe des IV. Quartals zurück."

Die moderate Inflation im Jahr 2019 verlangsamte sich 2020 aufgrund der Nachfrageschwäche infolge der COVID-19-Pandemie. Mit der Erholung von der Rezession setzte 2021 ein stärkerer Preisauftrieb ein, der durch die Energiekrise 2022 weiter beschleunigt wurde (Q: U.S. Bureau of Labor Statistics, Eurostat. Euro-Raum und Österreich: HVPI).

Geopolitische Spannungen, Energiekrise und Teuerung bestimmen die Konjunktur

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2022

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Christine Mayrhuber, Margit Schratzenstaller

Geopolitische Spannungen, Energiekrise und Teuerung bestimmen die Konjunktur. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2022

Geopolitische Veränderungen und die Energiekrise prägten 2022 die Entwicklung der Weltwirtschaft. Regional verlief die Konjunktur heterogen, wobei die steigende Unsicherheit und Angebotsverknappungen in vielen Ländern hohe Preissteigerungen zur Folge hatten. Österreichs Wirtschaft expandierte im 1. Halbjahr 2022 noch kräftig, im weiteren Jahresverlauf dämpfte jedoch die hohe Teuerung die Konsum- und Investitionsnachfrage. Die Verbraucherpreis-inflation stieg im Herbst 2022 auf einen Spitzenwert von 11%, was u. a. zu Reallohnverlusten der unselbständigen Beschäftigten führte. Die österreichische Bundesregierung setzte umfangreiche temporäre und permanente Entlastungsmaßnahmen, um die sozialen und ökonomischen Auswirkungen von Inflation und Energiekrise auf Unternehmen und private Haushalte abzufedern.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der vorliegende Beitrag analysiert in einem Rückblick das Wirtschaftsgeschehen in Österreich und weltweit mit Fokus auf die heimische Lohn-, Konsum- und Preisentwicklung. Eine Detailanalyse zu den Bereichen Geld- und Finanzmärkte findet sich bei Url (2023, in diesem Heft). Berichte zur Entwicklung von Industrie, Außenhandel und Arbeitsmarkt folgen im Heft 5/2023 der WIFO-Monatsberichte.

Begutachtung: Marcus Scheiblecker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martina Einsiedl (martina.einsiedl@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at), Doris Steininger (doris.steinger@wifo.ac.at), Andrea Sutrich (andrea.sutrich@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 19. 4. 2022

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steinidl@wifo.ac.at), Benjamin Bittschi (benjamin.bittschi@wifo.ac.at), Christian Glocker (christian.glocker@wifo.ac.at), Christine Mayrhuber (christine.mayrhuber@wifo.ac.at), Margit Schratzenstaller (margit.schratzenstaller@wifo.ac.at)

Geopolitical Tension, Energy Crisis and Inflation Shape Economic Activity. The Austrian Economy in 2022

Geopolitical changes and the energy crisis shaped the development of the global economy in 2022. Regionally, economic activity was heterogeneous, with rising uncertainty and supply shortages resulting in high price increases in many countries. Austria's economy continued to expand strongly in the first half of the year, but high inflation dampened consumer and investment demand as the year progressed. Consumer price inflation rose to a peak of 11 percent in the autumn of 2022, leading to, among other things, real wage losses for employees. The Austrian federal government implemented extensive temporary and permanent relief measures to cushion the social and economic impact of inflation and the energy crisis on companies and private households.

1. Weltkonjunktur 2022 im Zeichen geopolitischer Verwerfungen

Die Weltwirtschaft befand sich 2022 in einer volatilen Phase. Neben der ausklingenden COVID-19-Pandemie prägten geopolitische Veränderungen und die Energiekrise die Wirtschaftstätigkeit. Während die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie in den meisten Ländern in der ersten Jahreshälfte 2022 nachließen, hielten sie in China auch im 2. Halbjahr an. Gleichzeitig erhöhten geopolitische Spannungen und der Krieg in der Ukraine die wirtschaftliche Unsicherheit, was sich insbesondere auf die Energiemärkte auswirkte. Darüber hinaus

machte sich der globale Klimawandel in Form von Hitzewellen und Dürren in Europa sowie in Zentral- und Südasien bemerkbar. Infolgedessen expandierte die Weltwirtschaft im Jahr 2022 nur schwach und die Dynamik nahm im Vergleich zum Vorjahr ab.

Unterjährig schwankte die weltweite Konjunktur deutlich – geprägt von länder- bzw. regionsspezifischen Entwicklungen. In den USA schrumpfte das BIP im I. und II. Quartal. Die Konjunkturabschwächung wird jedoch durch die rückläufige Entwicklung des Brut-

toinlandsproduktes im 1. Halbjahr 2022 erheblich überzeichnet. Zum einen legte die wirtschaftliche Aktivität im 2. Halbjahr bereits wieder deutlich zu, und zum anderen entwickelte sich der Arbeitsmarkt über das ganze Jahr hinweg günstig.

Die auf dem Verbraucherpreisindex basierende Inflation stieg in den USA im Frühjahr 2022 stark an und erreichte im Juni mit +9,1% gegenüber dem Vorjahresmonat einen Höchststand. Danach sank sie bis Dezember auf 6,5%, den niedrigsten Monatswert des Jahres 2022. Das von der Notenbank der USA bevorzugte Maß der Verbrau-

cherpreisinflation basiert auf dem Konsumdeflator (persönliche Konsumausgaben, Personal Consumption Expenditures – PCE), der im 2. Halbjahr ebenfalls zurückging. Die Federal Reserve Bank hatte bereits im Herbst 2021 durch die Beendigung des "Quantitative Easing" eine Straffung der Geldpolitik eingeleitet. Ab dem Frühjahr 2022 reagierte sie mittels kräftiger Leitzinserhöhungen auf die gestiegene Inflation. Im Zeitraum März bis Dezember 2022 wurde die Federal Funds Rate in sieben Schritten auf 4,25% bis 4,50% angehoben, wobei sich das Tempo der geldpolitischen Straffung gegen Jahresende etwas verlangsamte.

Getrieben von den Energiepreisen stieg die Inflation in vielen Ländern auf den höchsten Stand seit mehreren Jahrzehnten. Dies führte zu einer starken Straffung der Geldpolitik. Auch die Fiskalpolitik wirkte weniger expansiv.

Übersicht 1: Wirtschaftswachstum der wichtigsten Handelspartner Österreichs

	Gewichte 2021 in %		2019 2020 2021 2022				
	Waren- exporte ¹⁾	BIP ²⁾	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
EU 27	68,1	14,8	+ 1,8	- 5,6	+ 5,4	+ 3,5	
Euro-Raum	51,9	10,5	+ 1,6	- 6,1	+ 5,4	+ 3,5	
Deutschland	30,2	3,3	+ 1,1	- 3,7	+ 2,6	+ 1,8	
Italien	6,8	1,9	+ 0,5	- 9,0	+ 7,0	+ 3,7	
Frankreich	3,8	2,3	+ 1,8	- 7,8	+ 6,8	+ 2,6	
MOEL 5 ³⁾	15,3	2,2	+ 4,0	- 3,3	+ 6,0	+ 4,1	
Ungarn	3,7	0,2	+ 4,9	- 4,5	+ 7,1	+ 4,6	
Tschechien	3,6	0,3	+ 3,0	- 5,5	+ 3,6	+ 2,4	
Polen	4,0	1,0	+ 4,4	- 2,0	+ 6,8	+ 4,9	
USA	6,7	15,7	+ 2,3	- 2,8	+ 5,9	+ 2,1	
Schweiz	5,2	0,5	+ 1,1	- 2,4	+ 4,2	+ 2,1	
Vereinigtes Königreich	2,7	2,3	+ 1,6	- 11,0	+ 7,6	+ 4,0	
China	2,9	18,6	+ 6,0	+ 2,2	+ 8,4	+ 3,0	
Insgesamt							
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		52	+ 3,4	- 2,2	+ 6,7	+ 2,9	
Exportgewichtet ⁵⁾	86		+ 1,9	- 5,1	+ 5,6	+ 3,3	

Q: Eurostat, Macrobond, OECD, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Anteile an den österreichischen Warenexporten. – ²⁾ Anteile am weltweiten BIP, kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2021. – ⁵⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2021.

Die höheren nominellen Zinssätze dämpften zusammen mit rückläufigen Realeinkommen die Konsumnachfrage der privaten Haushalte sowie die Investitionsnachfrage der Unternehmen. Dies verhinderte eine stärkere Expansion der Gesamtwirtschaft im 2. Halbjahr 2022.

Während in den USA das Wirtschaftswachstum im Jahresverlauf zunahm, verlangsamte es sich in den meisten europäischen Ländern. In den Mitgliedsländern der Europäischen Union war die Konjunktur in den ersten Monaten des Jahres 2022 noch kräftig. Dafür sind auch Basiseffekte verantwortlich, da viele Branchen Ende 2021 noch durch pandemiebedingte Einschränkungen beeinträchtigt waren. Dementsprechend verzeichneten im Frühjahr 2022 vor allem Dienstleistungsbereiche wie das Gastgewerbe und die sonstigen Dienstleistungen kräftige Werteschöpfungszuwächse. Der private Verbrauch wurde angesichts des Wegfalls von

Infektionsschutzmaßnahmen und der damit verbundenen Rückkehr von Konsummöglichkeiten spürbar ausgeweitet, obwohl die Realeinkommen wegen der hohen Inflation sanken. Im 2. Halbjahr ließ die Dynamik dann deutlich nach.

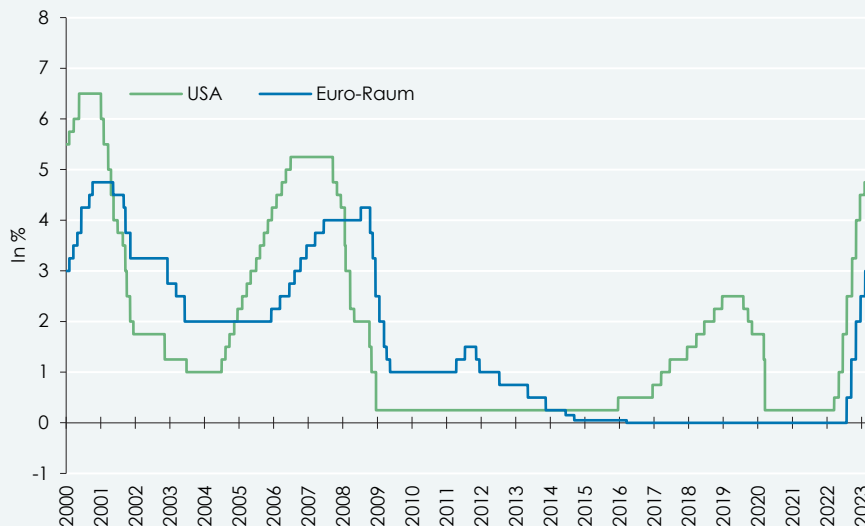
Die Arbeitsmärkte blieben in vielen EU-Ländern angespannt: Der Anteil der Unternehmen, die über einen Mangel an geeigneten Arbeitskräften als primäres Produktionshindernis berichteten, erreichte im Jahr 2022 unter Dienstleistern ebenso wie in der Industrie einen neuen Höchststand.

Die lebhaftere Inflation im Euro-Raum veranlasste die Europäische Zentralbank (EZB), ihre Nettokäufe von Wertpapieren im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) am 1. Juli 2022 zu beenden. Das Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP)

war bereits im Frühjahr eingestellt worden. Wegen des deutlichen Preisauftriebs, der Aussichten, dass die Inflation für längere Zeit über dem Zielwert von 2% bleibt, und weiteren Preissteigerungsrisiken erhöhte die EZB die Leitzinsen im Juli zunächst um 50 Basis-

punkte. Weitere Zinsschritte folgten im September und Oktober (jeweils +75 Basispunkte) sowie im Dezember (+50 Basispunkte). Damit endete eine mehr als 10 Jahre dauernde Phase expansiver Geldpolitik.

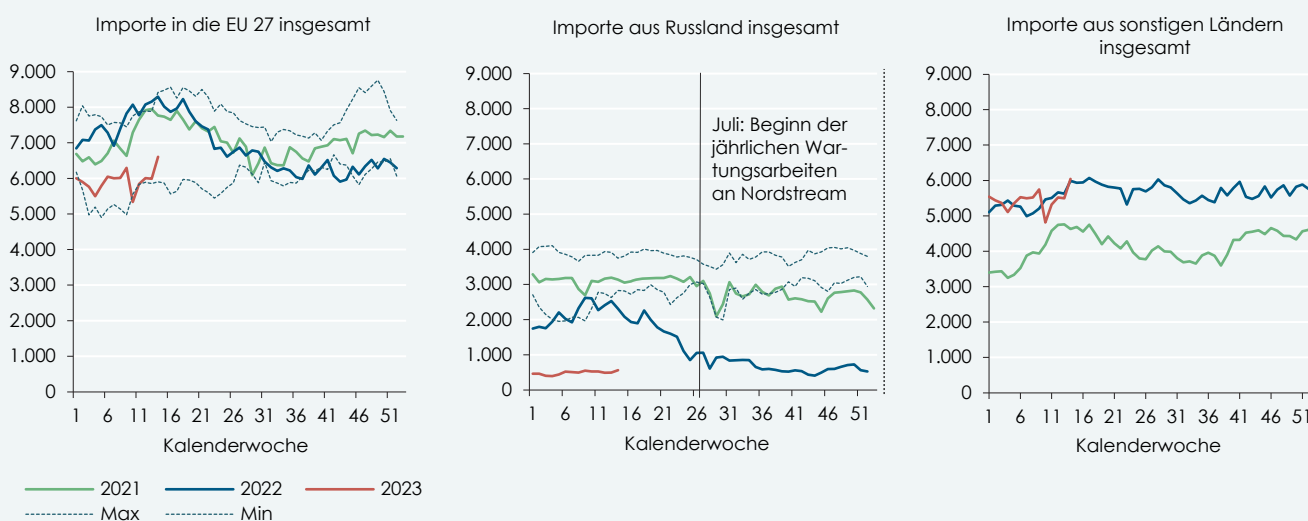
Abbildung 1: Entwicklung der Leitzinssätze in den USA und im Euro-Raum



Q: Europäische Zentralbank, Federal Reserve Bank.

Abbildung 2: Europäische Erdgasimporte

Mio. m³



Q: Bruegel, European Network of Transmission System Operators for Gas – ENTSOG-G (<https://transparency.entsog.eu>), WIFO-Darstellung. Minimum und Maximum: Zeitbereich 2015 bis 2020.

Im Gegensatz zu den Konjunkturverläufen in den USA und den Ländern der EU spiegelten sich in der unterjährigen Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft weiterhin die wiederholten Abriegelungs- und Öffnungsmaßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Zudem bremste der Immobiliensektor, der unter Preisrückgängen und einer

hohen Verschuldung litt, die gesamtwirtschaftliche Dynamik. Als Gegenreaktion wurden öffentliche Infrastrukturinvestitionen erhöht, um den Bausektor zu stabilisieren und die Konjunktur zu stützen. Außerdem beschloss die chinesische Regierung steuerliche Entlastungen sowie höhere Subventionen für bestimmte Branchen. Die Geldpolitik

wurde weiter gelockert und war 2022 damit tendenziell expansiv ausgerichtet.

Die Abschwächung der Weltkonjunktur im Jahr 2022 spiegelt sich auch in nachgebenden Notierungen von Erdöl, Industrierohstoffen und Nahrungsmitteln. Ein Sonderfall ist der Erdgaspreis: die Gasknappheit in der Europäischen Union und im Vereinigten Königreich – eine Folge der Drosselung der Liefermengen durch Russland ab dem Sommer 2021 – trieb die Großhandelspreise für Erdgas. Mit Ausbruch des Ukraine-Krieges Ende Februar 2022, der Stilllegung der Nord-Stream-I-Pipeline und einer wetterbedingten Minderproduktion in der europäischen Stromerzeugung¹⁾ stiegen die Gas- und die davon stark abhängigen Strompreise in Europa schließlich in nie dagewesene Höhen.

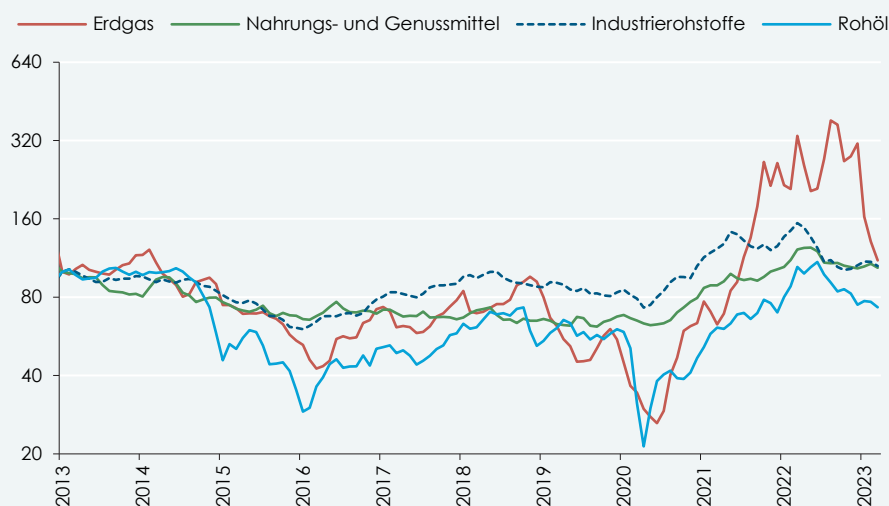
Wenngleich sie bis Jahresende 2022 wieder deutlich nachgaben²⁾, verstärkten die hohen Energiepreise den Produzenten- und Verbraucherpreisauftrieb, der bereits in der COVID-19-Pandemie eingesetzt hatte. Infolgedessen stiegen die Verbraucherpreise auf

breiter Front. Im 2. Halbjahr 2022 erreichten die Inflationsraten in vielen EU-Ländern ein Niveau, das sogar die Hochinflationsphasen der 1970er- und frühen 1980er-Jahre übertraf. Obwohl die Import- und Verbraucherpreise üblicherweise mit erheblicher Verzögerung auf die Großhandelspreise reagieren, haben die hohen Energiepreise bereits 2022 zu einem erheblichen Anstieg der Verbraucherpreis-inflation und einer Verschlechterung der Terms-of-Trade, der Handelsbilanz, und der industriellen Wettbewerbsfähigkeit der EU geführt.

Die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel sind seit Ausbruch des Ukraine-Krieges ebenfalls kräftig angestiegen. Dies gilt insbesondere für Weizen und Sonnenblumenöl, da die Ukraine und Russland wichtige Exporteure dieser Güter sind. Die ukrainischen Getreideexporte blieben wegen der Blockade der Häfen zunächst stark eingeschränkt. Mit dem Getreideabkommen zwischen Russland und der Ukraine haben seit Sommer 2022 die Ausfuhren wieder zugenommen und die Weltmarktpreise deutlich nachgegeben.

Abbildung 3: **Energie- und Rohstoffpreise**

Dollarbasis, Jänner 2013 = 100



Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Macrobond. Logarithmische Skalierung.

Der starke Anstieg der Verbraucherpreise im Euro-Raum ging mit einer enormen Ausweitung des Inflationsabstands zwischen den Euro-Ländern einher (Abbildung 4; Baum-

gartner et al., 2022). Im Vergleich zu anderen stark föderalistisch geprägten Wirtschaftsräumen, wie z. B. den USA und Kanada, war die Spreizung im Euro-Raum sehr

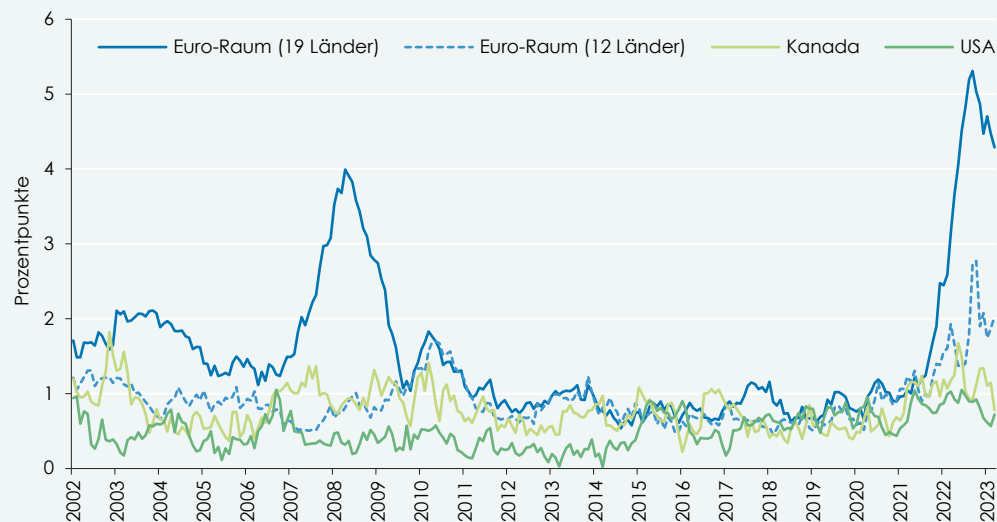
¹⁾ Ein sehr stabiles Hochdruckwetter über Nord-, West- und Mitteleuropa führte im Sommer 2022 zu einer geringeren Stromproduktion von Windkraftwerken, insbesondere in Offshore-Anlagen. Die niedrigen Wasserstände der Flüsse und höhere Wassertemperaturen belasteten zudem die Energiegewinnung in Wasser- und Kernkraftwerken. Die Ersatzproduktion durch Kohle- und Gaskraftwerke führte zu höheren Großhandelspreisen für Kohle und Erdgas. Letzteren gab die Stilllegung von Nord-Stream-I und damit eine weitere Verknappung des Angebots zusätzlichen Auftrieb.

²⁾ Zum Preisverfall trugen zum einen die vor dem Winter praktisch vollständig gefüllten europäischen Erdgasspeicher bei. Zum anderen war der Gasverbrauch durch überdurchschnittlich hohe Außentemperaturen im Herbst und Winter sowie durch Einsparungsmaßnahmen von privaten Haushalten und Industriebetrieben vergleichsweise gering. Zudem führte eine verstärkte Anlieferung von Flüssiggas (LNG) aus den USA zum Jahresende ob der vollen Lager kurzfristig zu einem Angebotsüberschuss.

viel ausgeprägter. Dies ist zum einen auf die unterschiedliche Struktur der VPI-Warenkörbe, der Bezugsquellen für Energie und vor allem des Policy-Mix zur Bekämpfung bzw. Abfederung der Teuerung zurückzuführen: In der EU – einer Gemeinschaft souveräner Länder – war der Maßnahmenmix deutlich

heterogener als in den USA und Kanada. Zudem zeigt ein Vergleich zwischen den 19 und 12 Euro-Ländern, dass die Inflationsspannen im Euro-Raum zum Großteil den sehr hohen Inflationsraten in den neuen Mitgliedsländern (insbesondere den baltischen Ländern) geschuldet sind (Abbildung 4).

Abbildung 4: **Internationaler Vergleich der Standardabweichungen für regionale Inflationsraten**

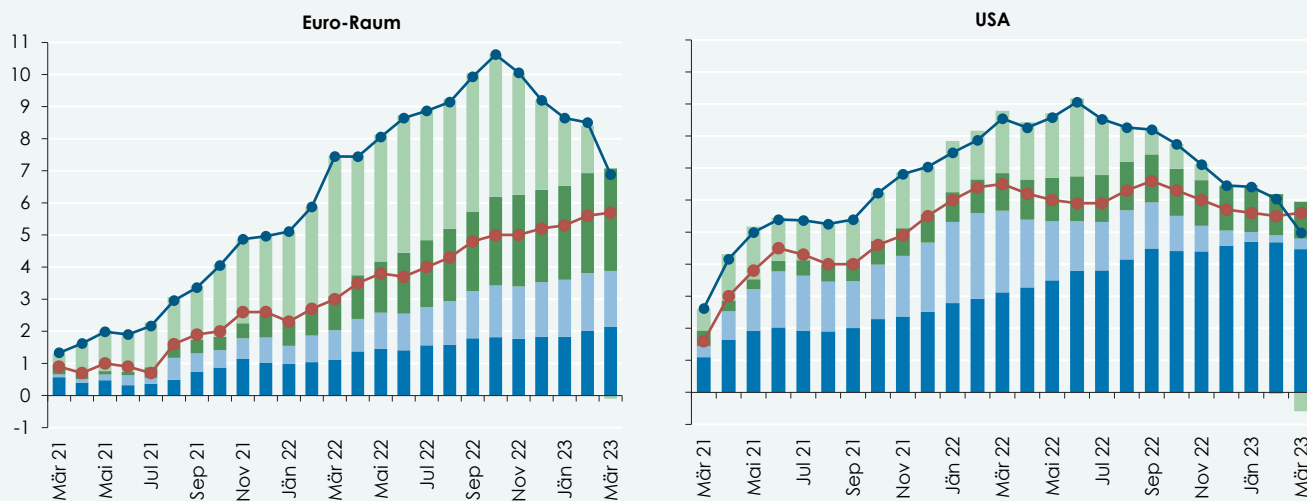


Q: Eurostat, U.S. Bureau of Labor Statistics, Statistics Canada, Macrobond. Standardabweichung: Durchschnittliche Abweichung der regionalen Inflationsraten vom Mittelwert. Euro-Raum (12 Länder): Ungewichtete Standardabweichung der 12 Mitgliedsländer des Jahres 2002. Euro-Raum (19 Länder): Ungewichtete Standardabweichung der 19 Mitgliedsländer des Jahres 2015. USA: Bis 2019 Standardabweichung der 4 Regionen, danach der 9 Census Divisions. Kanada: Ungewichtete Standardabweichung der 13 Territorien.

Abbildung 5: **Inflation im Euro-Raum und in den USA nach Komponenten**

Beitrag zur Gesamtinflation in Prozentpunkten

■ Dienstleistungen ■ Industrielle Güter ohne Energie ■ Lebensmittel ■ Energie ● Kerninflation in % ● Gesamtinflation in %



Q: Eurostat, U.S. Bureau of Labor Statistics, Macrobond, WIFO-Berechnungen.

Vergleicht man die Inflationsentwicklung im Euro-Raum mit jener in den USA, so ist das Niveau der Gesamtinflation zwar ähnlich, die Ursachen der Teuerung sind aber sehr unterschiedlich. Im Euro-Raum war der Energiepreisschock (bei Erdöl, Erdgas und Strom) die initiale Hauptursache der Teuerung. Er schlug ab Mitte 2022 auch auf die Kerninflation durch. Die Kerninflation dürfte aber erst im Jahr 2023 ihren Höhepunkt erreichen, da dann auch die höheren Lohnabschlüsse und damit höheren Lohnstückkosten in allen Wirt-

schaftsbereichen, vor allem jedoch in arbeitsintensiven Dienstleistungen, auf die Konsumentenpreise überwältigt werden.

In den USA war die Gesamtinflation dagegen bereits 2021 hauptsächlich von der Kerninflation bestimmt, die die Energiepreise nicht berücksichtigt, und damit vorrangig von inländischen Entwicklungen geprägt. Allen voran trugen die Lohnanstiege und in einigen Sektoren auch die Ausweitung der Gewinnmargen maßgeblich zur Inflation bei.

2. Österreich: Hohe Preissteigerungen prägten auch die heimische Konjunktur

2.1 Robustes Wirtschaftswachstum im 1. Halbjahr 2022

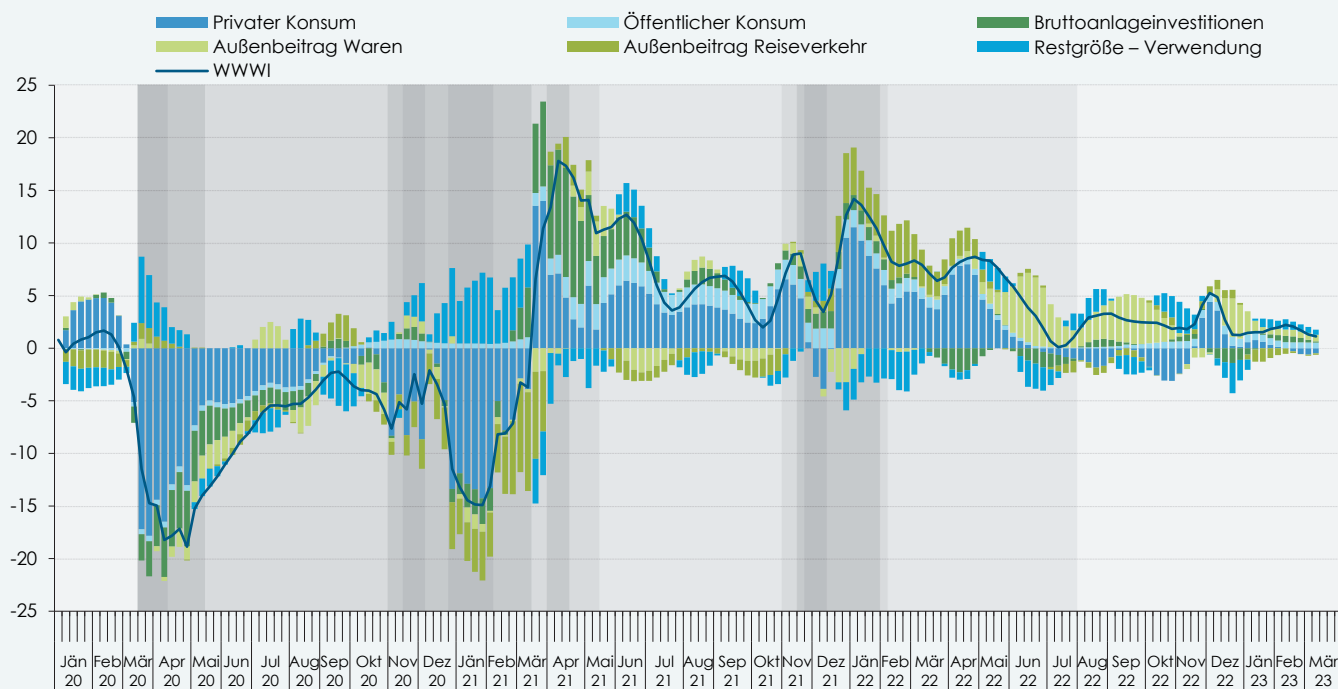
Nachdem sich die heimische Wirtschaft im Jahr 2021 rasch von der COVID-19-Krise erholt hatte, führten geopolitische Verwerfungen zu hoher Unsicherheit und einem weiteren Anstieg der Inflation. Vor diesem Hintergrund kühlte sich die Konjunktur in Österreich ab der Jahresmitte 2022 ab. Nach einer starken ersten Jahreshälfte (I. Quartal +0,8%, II. Quartal +2,1% gegenüber dem Vorquartal) stagnierte die Wirtschaftsleistung im 2. Halbjahr. Insgesamt wuchs das BIP im Jahr 2022 dennoch um 5,0% gegenüber dem Vorjahr (real, nominell +10,2%).

Das kräftige Wachstum wurde abermals von den COVID-19-Maßnahmen im Vorjahr mitbestimmt. Wie der Vorjahresvergleich auf Basis des Wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) zeigt, ergaben sich durch Basiseffekte der Lockdowns im Frühjahr und Spätherbst 2021 teilweise hohe Zuwachsraten im I. und IV. Quartal 2022. Zur Jahresmitte 2022 hin verlangsamte sich die konjunkturelle Grunddynamik jedoch, sodass der gesamtwirtschaftliche Output nur mehr geringfügig über der Vorjahresperiode lag. Auch um den Jahreswechsel und im I. Quartal 2023 setzte sich die gedämpfte Aktivität der heimischen Wirtschaft fort (Abbildung 6).

Das BIP-Wachstum wurde 2022 vor allem von den Dienstleistungen getragen, die im Vorjahr noch unter der Pandemie gelitten hatten.

Abbildung 6: **Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) – Teilkomponenten der Verwendungsseite**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (Gesamtindex) bzw. Prozentpunkten (Komponenten)



Q: Statistik Austria; University of Oxford, Blavatnik School of Government; WIFO. Die grau hinterlegten Bereiche zeigen die Intensität der in Österreich zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie getroffenen gesundheitspolitischen Maßnahmen laut Stringency Index der Blavatnik School of Government. Dieser Index wird in fünf Intensitätsstufen dargestellt: keine bzw. geringe Einschränkungen . . . lichtgrau: unter 20, 20 bis 40, 40 bis 60, 60 bis 80, starke Einschränkungen . . . dunkelgrau: über 80.

Übersicht 2: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 2,2	- 2,6	+ 4,5	+ 4,7
Bergbau, Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	+ 1,0	- 4,8	+ 7,9	+ 3,8
Herstellung von Waren	+ 1,0	- 5,8	+ 9,5	+ 3,5
Bauwirtschaft	- 1,0	- 1,9	+ 2,6	+ 1,4
Handel	+ 3,0	- 5,9	+ 3,7	+ 2,4
Verkehr	- 0,6	- 10,7	+ 2,5	+ 10,8
Beherbergung und Gastronomie	- 0,4	- 36,6	- 13,2	+ 50,5
Information und Kommunikation	+ 5,9	- 2,0	+ 3,5	+ 5,2
Kredit- und Versicherungswesen	+ 5,1	- 2,6	+ 1,1	+ 1,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 0,4	- 0,0	+ 1,0	+ 2,2
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	+ 3,8	- 6,5	+ 6,8	+ 6,8
Öffentliche Verwaltung ²⁾	+ 0,9	- 4,0	+ 5,2	+ 2,1
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	+ 1,6	- 18,6	+ 2,4	+ 6,1
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	+ 1,5	- 6,5	+ 4,0	+ 5,3
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	+ 5,0

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M und N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, persönliche Dienstleistungen, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Insgesamt wurde die BIP-Jahreswachstumsrate 2022 vor allem von der positiven Entwicklung in den Dienstleistungen getragen. In der Sommersaison 2022 konnten touristische Aktivitäten erstmals seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie wieder uneingeschränkt stattfinden, sodass die Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr trotz des hohen Preisauftriebs deutlich zunahm (Nächtigungen +17,2%; Fritz & Burton, 2022). Die Wertschöpfung im Bereich Beherbergung und Gastronomie erhöhte sich um 50,5% (2021 -13,2%); im Handel betrug der Zuwachs 2,4% (nach +3,7% 2021), im Verkehr 10,8% (nach +2,5%). Die zu Jahresbeginn noch lebhaftere Industrie- und Baukonjunktur kühlte sich zur Jahresmitte 2022 ab. Neben der internationalen wirtschaftlichen Abschwächung dämpften auch die hohen Preissteigerungen bei Energieträgern und weiteren Vorprodukten die Dynamik. Insgesamt stieg die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung 2022 um 3,5% (nach +9,5% im Jahr 2021). In der Bauwirtschaft betrug das Wachstum 1,4% (nach +2,6%).

Sorgen um eine ausreichende Gasversorgung sowie erneute Lieferengpässe erhöhten nach dem Kriegsausbruch in der Ukraine die unternehmerische Unsicherheit und trübten laut WIFO-Konjunkturtest deutlich die Erwartungen der österreichischen Unternehmen. Gegen Jahresende verschlechterten sich dann auch die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage zunehmend. Der Material- und der Arbeitskräftemangel spielten als Produktionshemmnisse auch 2022 eine zentrale Rolle. In der Sachgütererzeugung entspannten sich die Material- bzw. Kapazitäts-

engpässe gegenüber dem Jahresende 2021. In der Bauwirtschaft hingegen erreichten die entsprechenden Meldungen in der ersten Jahreshälfte ein Rekordhoch. Aufgrund der schwächeren globalen Nachfrage lösten sich Lieferkettenprobleme im weiteren Jahresverlauf allmählich auf. Damit verlor auch der Mangel an Material bzw. Kapazität an Gewicht. Der Mangel an Arbeitskräften gewann hingegen weiter an Bedeutung; dies änderte sich erst mit der Verlangsamung der Konjunktur im 2. Halbjahr (Abbildung 7).

Der private Konsum (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck), der 2021 noch teilweise durch die behördlichen Pandemie-Maßnahmen beeinträchtigt war, legte 2022 um 4,1% zu. Die öffentliche Konsumnachfrage stieg um 2,9% gegenüber dem Vorjahr. Damit erhöhte sich der Konsum insgesamt um 3,8%. Unterjährig zeigte sich jedoch eine deutlich abnehmende Dynamik; ab dem II. Quartal schrumpfte die Konsumnachfrage im Vorquartalsvergleich, da die hohen Preissteigerungen die privaten Haushalte zunehmend belasteten.

Die Investitionsnachfrage blieb 2022 schwach und wurde im II. und III. Quartal im Vorquartalsvergleich ebenfalls eingeschränkt (2022 -0,9% gegenüber dem Vorjahr). Sowohl die Ausrüstungs- als auch die Bauinvestitionen gingen zurück, während die sonstigen Investitionen – überwiegend geistiges Eigentum wie Forschung und Entwicklung sowie Computerprogramme und Urheberrechte – ausgeweitet wurden.

Verwendungsseitig trugen 2022 sowohl die inländische Verwendung als auch der Außenbeitrag zum BIP-Wachstum bei.

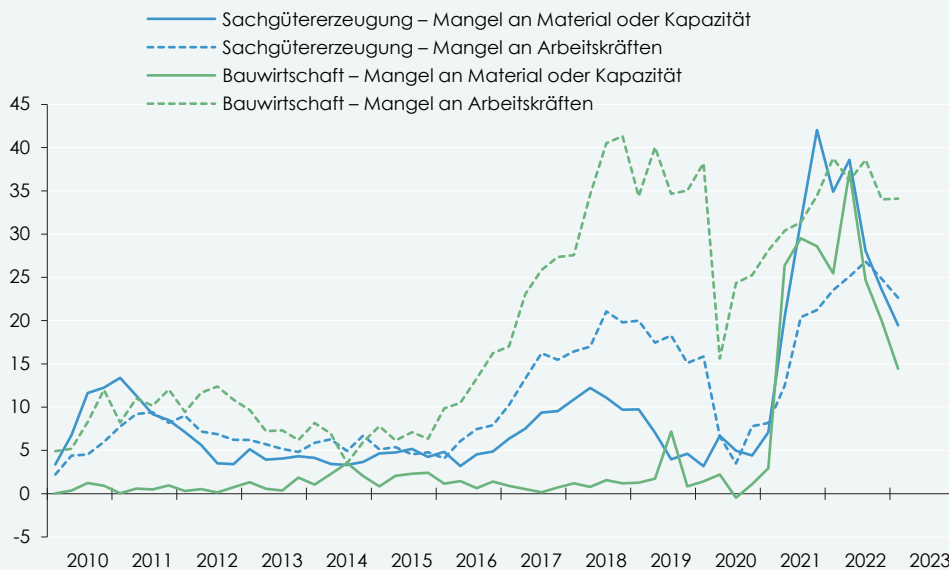
Der Außenhandel entwickelte sich 2022 dynamisch. Zum Anstieg der Ausfuhren (+11,1%) trug sowohl der Waren- als auch der Dienstleistungsexport bei, wobei letzterer von der wiedererstarteten Tourismuskonsumnachfrage profitierte. Die Warenexporte sanken vor dem Hintergrund der globalen Konjunkturlinierung im IV. Quartal. Die Importe legten mit +5,7% schwächer zu als die Ex-

porte. Damit trug der Außenhandel im gesamten Jahr 2022 positiv zum BIP-Wachstum bei.

Nominell stiegen die Exporte um 19,9%, die Importe um 18,2%. Der kräftige Anstieg der Energiepreise trieb die Preise der Importe stärker als jene der Exporte, wodurch sich die Terms-of-Trade 2022 verschlechterten.

Abbildung 7: **Produktionshemmnisse in Sachgütererzeugung und Bauwirtschaft**

Anteil der betroffenen Unternehmen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Um die unterjährige Vergleichbarkeit der Zeitreihen zu gewährleisten, werden saisonbereinigte Werte ausgewiesen. Negative Werte können aufgrund des Saisonbereinigungsverfahrens "Dainties" nicht ausgeschlossen werden. Es handelt sich um statistische Artefakte.

Übersicht 3: **Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage**

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 0,7	- 6,0	+ 4,8	+ 3,8
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	+ 4,1
Staat	+ 1,3	- 0,5	+ 7,8	+ 2,9
Bruttoinvestitionen	- 0,7	- 4,8	+ 11,4	- 2,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,5	- 5,3	+ 8,7	- 0,9
Ausrüstungen ²⁾	+ 1,6	- 9,5	+ 16,0	- 4,5
Bauten	+ 3,6	- 3,4	+ 5,8	- 1,0
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 10,8	- 3,4	+ 5,1	+ 4,5
Inländische Verwendung	+ 0,4	- 5,5	+ 6,5	+ 2,0
Exporte	+ 4,0	- 10,7	+ 9,6	+ 11,1
Importe	+ 2,1	- 9,2	+ 13,7	+ 5,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	+ 5,0

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

2.2 Staatliche Maßnahmen zur Abfederung der hohen Inflation und der Energiepreise

Die Entlastung auf Bundes- und Landesebene beträgt 2022/2026 insgesamt 48,4 Mrd. €.

Die Maßnahmen des Bundes entlasten um 47,8 Mrd. €, wovon 46,9 Mrd. € budgetwirksam sind.

Die bisherigen Maßnahmen der Bundesländer belaufen sich auf 0,6 Mrd. €, weitere Maßnahmen sind in Vorbereitung.

Das Defizit des Gesamtstaates sank 2022 auf 3,2% des BIP.

Um die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der hohen Inflation und des Energiepreisanstiegs auf private Haushalte und Unternehmen abzufedern, wurden auf Bundesebene umfangreiche Maßnahmen ergriffen. Das bundesseitige Gesamtvolumen im Zeitraum 2022 bis 2026 wird mit 47,8 Mrd. € angesetzt³⁾. Österreich schnürt damit im europäischen Vergleich eines der umfangreichsten Entlastungspakete (Ederer et al., 2023). 46,9 Mrd. € sind budgetwirksam, während die Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale sowie -beitrag (insgesamt 0,9 Mrd. €) das Bundesbudget nicht belastet.

37,5 Mrd. € bzw. 78,5% der Gesamtentlastung durch den Bund⁴⁾ kommen den privaten Haushalten zugute⁵⁾, wovon 14,4 Mrd. € auf kurzfristige und 23,1 Mrd. € auf langfristige strukturelle Maßnahmen entfallen. Die budgetär umfangreichste Einzelmaßnahme ist der Ausgleich der kalten Progression ab 2023; bis 2026 werden kumulierte Einnahmeherausfälle von 18,7 Mrd. € erwartet. Gemessen am Volumen werden fast drei Viertel der kurzfristigen Entlastungsmaßnahmen einkommensunabhängig gewährt, während rund ein Viertel des Entlastungsvolumens vom Einkommen abhängt. Damit ist die soziale Treffsicherheit der Maßnahmen nur eingeschränkt gegeben, wie Simulationen des Budgetdienstes (2022) sowie Maidorn und Reiss (2022) zeigen.

Unternehmen sowie die Land- und Forstwirtschaft können Entlastungsmaßnahmen von insgesamt 10,3 Mrd. € (21,5% des gesamten bundesseitigen Entlastungsvolumens) in Anspruch nehmen. Davon entfallen 8,2 Mrd. € auf kurzfristige und 2,1 Mrd. € auf langfristige strukturelle Maßnahmen.

Die Bundesländer haben für die Jahre 2022 und 2023 bisher Entlastungsmaßnahmen von insgesamt 0,6 Mrd. € verabschiedet. Weitere Maßnahmen sind in Vorbereitung, beispielsweise in Niederösterreich oder im Burgenland.

Eine Reihe der Maßnahmen sind aus ökologischer Perspektive problematisch, weil sie den Lenkungseffekt der Energiepreise beeinträchtigen und/oder nicht bzw. nicht sehr strikt an ökologische Vorgaben geknüpft

sind. Dies gilt etwa für die temporäre Senkung der Erdgas- und Stromabgabe für private Haushalte und Unternehmen, den Energiekostenzuschuss für die Unternehmen, die Strompreisbremse sowie die temporäre Ausweitung der Pendlerförderung (Kletzan-Slamanig et al., 2022; Köppl et al., 2023).

Die öffentlichen Ausgaben stiegen 2022 um 3,7% bzw. 8,3 Mrd. €, da zwar die COVID-19-Maßnahmen deutlich zurückgefahren, aber dafür umfangreiche ausgabenseitige Entlastungsmaßnahmen gesetzt wurden. Allerdings wurde der Ausgabenanstieg trotz nachlassender Konjunktur und Einnahmeherausfällen infolge der nächsten Stufe der ökosozialen Steuerreform durch einen kräftigen inflationsbedingten Anstieg der Staatseinnahmen überkompensiert: diese wuchsen um 8,6% bzw. 17,5 Mrd. €. Im Besonderen die Steuereinnahmen, aber auch die Sozialbeiträge legten kräftig zu. Das öffentliche Defizit sank 2022 auf 3,2% des BIP (nach -5,8% 2021). Die Staatsschulden stiegen erneut an und waren Ende 2022 mit 350,8 Mrd. € um 16,4 Mrd. € höher als Ende 2021. Bei steigendem nominellen BIP ging die Schuldenquote um 3,9 Prozentpunkte auf 78,4% des BIP zurück.

2.3 Schwache Reallohnentwicklung

Grundsätzlich wirkte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2022 stützend auf die Erwerbseinkommen. Zum kräftigen Wirtschaftswachstum kamen ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6,3% und ein weiterer Anstieg der aktiv unselbständig Beschäftigten auf 3,84 Mio. Jedoch führten die beschriebenen Nachwirkungen der Pandemie sowie insbesondere der Krieg Russlands gegen die Ukraine zu einer merklichen Beschleunigung der Inflation im Laufe des Jahres.

In den Lohnverhandlungen dient üblicherweise die realisierte Inflation der vergangenen 12 Monate als Ausgangsbasis für die jeweilige Lohnrunde. Diese institutionelle Besonderheit führt dazu, dass in Zeiten schnell anziehender Inflationsraten, wie im Jahr 2022 mit +8,6%, die laufende Inflation deutlich über den Lohnabschlüssen liegt. Die Folge sind erhebliche Reallohnverluste, wie sie nach 2021 auch 2022 eintraten.

³⁾ Da einige umfangreiche Maßnahmen, insbesondere der Energiekostenzuschuss für Unternehmen sowie die Stromkostenbremse für private Haushalte, von der Entwicklung der Energiepreise auf den internationalen Märkten abhängen, unterliegt die Prognose ihrer budgetären Kosten großen Unsicherheiten.

⁴⁾ Unter Berücksichtigung der Maßnahmen der Bundesländer, die ausschließlich den privaten Haushalten

zukommen, verändert sich diese Quote nur unwesentlich.

⁵⁾ Mangels näherer Information konnten nicht alle Maßnahmen eindeutig zugeordnet werden; die betreffenden Maßnahmen wurden daher den privaten Haushalten zugerechnet, da auf sie jeweils der größere Teil der Entlastung entfällt.

Übersicht 4: Entlastungs- und Anti-Teuerungsmaßnahmen von Bund und Bundesländern nach Zielgruppen

	2022	2023	2024	2025	2026	2022/ 2026
	Mio. €					
Insgesamt	8.669	11.971	10.109	8.007	9.666	48.422
Bund	8.076	11.929	10.109	8.007	9.666	47.787
Private Haushalte insgesamt	6.251	8.639	6.139	7.430	9.074	37.533
Kurzfristige Maßnahmen	6.251	6.738	1.266	174	10	14.439
Einmalzahlung Teuerungsausgleich im Entlastungspaket I	227	227
Einmalzahlung Aufstockung des Teuerungsausgleichs im Entlastungspaket III	205	205
Einmalzahlung für Pensionist:innen und Ausgleichszulagenbezieher:innen	440	600	.	.	.	1.040
Einmaliger negativsteuerfähiger Teuerungsabsetzbetrag	.	1.000	.	.	.	1.000
Wohnschirm einschließlich Aufstockungen 2023	5	70	40	15	10	140
Energiekostenausgleich	628	628
Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale und -Förderbeitrag ¹⁾	400	400
Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen	15	15
Senkung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe	281	229	- 103	.	.	407
Preissenkungen und Angebotserweiterungen im öffentlichen Verkehr	150	153	156	159	.	618
Erhöhung von Pendlerpauschale, -euro, -absetzbetrag	120	220	80	.	.	420
Anti-Teuerungsbonus sowie Erhöhung des Klimabonus	2.800	2.800
Einmalzahlung Familienbeihilfe	330	330
Vorziehen des Familienbonus Plus und des Kindermehrbetrags	100	200	.	.	.	300
Verschiebung Einführung CO ₂ -Bepreisung von Juli auf Oktober 2022	250	250
Steuer- und abgabenfreie Teuerungsprämie für Arbeitnehmer:innen	300	300	.	.	.	600
Stromkostenzuschuss ²⁾	.	2.733	1.093	.	.	3.826
Kompensation Netzverlustkosten ³⁾	.	558	.	.	.	558
Aufstockung Heizkostenzuschüsse Bundesländer via Bund	.	450	.	.	.	450
Aufstockung Wohn- und Heizkostenbeihilfen (Einmalzahlung)	.	225	.	.	.	225
Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen	.	1.900	4.873	7.256	9.064	23.094
Abschaffung der kalten Progression ⁴⁾	.	1.480	3.850	5.900	7.500	18.730
Indexierung von Sozialleistungen ⁵⁾	.	363	815	1.079	1.287	3.544
Erhöhung Kindermehrbetrag	.	50	50	50	50	200
Steuerfreiheit E-Mobilität für Arbeitnehmer:innen ⁶⁾	.	8	8	8	8	30
Erleichterungen bei der Aliquotierung der Pensionsanpassungen ⁷⁾	.	.	150	220	220	590
Unternehmen sowie Land- und Forstwirtschaft insgesamt	1.825	3.290	3.970	577	592	10.254
Unternehmen insgesamt	1.715	3.133	3.957	567	582	9.954
Kurzfristige Maßnahmen	1.715	2.650	3.458	55	55	7.933
Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale und -Förderbeitrag ¹⁾	500	500
Senkung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe ⁸⁾	325	272	- 97	.	.	500
Investitionsoffensive Energieunabhängigkeit	30	55	55	55	55	250
Unterstützung zum raschen Umstieg auf alternative dekarbonisierte Antriebsformen	60	60	.	.	.	120
Herabsetzung der Vorauszahlungen bei Einkommen- und Körperschaftsteuer	350	350
Strompreiskompensation ⁹⁾ , Stromverbrauchsreduktionsgesetz	.	333	.	.	.	333
Energiekostenzuschuss 1 ¹⁰⁾	450	850	.	.	.	1.300
Verlängerung Energiekostenzuschuss 1 ⁹⁾ und Energiekostenzuschuss 2 ¹⁰⁾	.	1.000	3.500	.	.	4.500
Einmalige Krankenversicherungsbeitragsgutschrift	.	80	.	.	.	80
Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen	.	483	499	512	527	2.021
Senkung des FLAF-Beitrags	.	353	369	382	397	1.501
Senkung des Unfallversicherungsbeitragssatzes	.	130	130	130	130	520
Land- und Forstwirtschaft insgesamt	110	157	13	10	10	300
Kurzfristige Maßnahmen	110	147	3	0	0	260
Agrardiesel Kostenausgleich	.	27	3	.	.	30
Versorgungssicherungsbeitrag für die Landwirtschaft	110	110
Stromkostenzuschuss für die Land- und Forstwirtschaft	.	120	.	.	.	120
Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen	.	10	10	10	10	40
Anhebung Pauschalierungsgrenzen der Land- und Forstwirtschaft	.	10	10	10	10	40
Bundesländer¹¹⁾	593	42	.	.	.	635

Q: Pitlik & Schratzenstaller (2022), aktualisiert am 11. 4. 2023. – 1) Außerbudgetär; gemäß Budgetdienst werden 2023 die Voraussetzungen nicht erfüllt, daher nicht enthalten. – 2) Laut Bundesfinanzgesetz; eine zusätzliche Überschreitungsermächtigung von 3 Mrd. € ist hier nicht enthalten. – 3) Wurde mangels näherer Information zur Gänze den privaten Haushalten zugeordnet. – 4) Zahlungswirksamkeit des vollen Progressionsausgleichs. – 5) Familienleistungen (Familienbeihilfe, Mehrkindzuschlag, Kinderbetreuungsgeld, Familienzeitbonus), Kinderabsetzbetrag, Kranken-, Reha-, Wiedereingliederungs- und Umschulungsgeld, Studienbeihilfe. – 6) Pro Jahr 7,5 Mio. €, Rundungsdifferenzen. – 7) Gemäß Berechnungen des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz; ohne Angleichung des Frauenpensionsalters; 2026 Fortschreibung. – 8) Anteil Selbständige insgesamt. – 9) 233 Mio. €; parlamentarischer Beschluss offen. – 10) Energiekostenzuschuss 1 und 2 insgesamt vorerst 5,8 Mrd. €. Erweiterung auf bis zu 7 Mrd. € möglich. – 11) Zusätzliche Maßnahmen sind in Vorbereitung (z. B. Niederösterreich, Burgenland). Nicht enthalten sind 150 Mio. € Aufstockung von "Photovoltaik fast track", da Zuordnung unklar, der Energiekostenausgleich Schienenverkehr (100 Mio. €) sowie Gasdiversifizierungsmaßnahmen (keine direkte Anti-Teuerungsmaßnahme).

Den für das Jahr 2022 relevanten Lohnabschlüssen im Herbst 2021 bzw. Jänner 2022 lagen die noch mäßigen Inflationsraten des Jahres 2021 zugrunde. Vor diesem Hintergrund einigten sich die Sozialpartner für 2022 auf Lohnsteigerungen im Bereich von rund 3% bis 3,5%. In den Fachverbänden der Metallindustrie, deren Lohnabschluss traditionell die Herbstlohnrunde einleitet, legten die Tarifpartner eine Anhebung der nominellen Ist-Löhne und Ist-Gehälter für 2022 um 3,55% fest. Damit lag der Zuwachs um rund

0,05 Prozentpunkte über den Mindestlohnerhöhungen. Im öffentlichen Dienst lag der Abschluss bei durchschnittlich 3%, im Handel bei durchschnittlich 2,8%. Die Abschlüsse der Frühjahrslohnrunde, z. B. in der Bauindustrie und im Baugewerbe (+4,2%) sowie der Elektro- und Elektronikindustrie (+5,0%) zum 1. Mai 2022, waren dann bereits deutlich höher. Auf das Gesamtjahr 2022 bezogen lagen jedoch auch diese Abschlüsse spürbar unter der Inflationsrate von 8,6%.

Übersicht 5: Entwicklung der kollektivvertraglichen Mindestbezüge

	Gewichtung	Tariflohnindex 2016 ¹⁾	
		Beschäftigte insgesamt	
		2021	2022
		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Tariflohnindex insgesamt	1.000.000	+ 1,7	+ 3,1
Ohne öffentlich Bedienstete	837.726	+ 1,8	+ 3,1
Gewerbe und Handwerk	196.327	+ 1,8	+ 3,4
Industrie	163.994	+ 1,9	+ 3,7
Handel	127.187	+ 1,5	+ 2,8
Transport und Verkehr	54.763	+ 2,2	+ 3,4
Tourismus und Freizeitwirtschaft	49.712	+ 1,7	+ 2,9
Banken und Versicherungen	37.035	+ 1,6	+ 2,9
Information und Consulting	67.321	+ 1,5	+ 3,0
Öffentlich Bedienstete	162.274	+ 1,4	+ 3,1

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond; WIFO-Berechnungen auf Basis des Tariflohnindex 2016. – ¹⁾ Aufgrund von Rundungen können die Wachstumsraten geringfügig von den von Statistik Austria veröffentlichten Indexwerten abweichen.

Die Nettoeinkommen sind im Jahr 2022 deutlich gesunken.

Im gewichteten Durchschnitt führten die Lohnabschlüsse zu einem Anstieg des Tariflohnindex um 3,1%; gegenüber dem Vorjahr war der Zuwachs in etwa doppelt so stark (Übersicht 5). Der öffentliche Dienst, der mit einem Gewicht von etwa einem Sechstel in den Index eingeht, verzeichnete einen Anstieg um 3,1%, in der Industrie (Gewicht ebenfalls rund ein Sechstel) waren es 3,7%. In den Dienstleistungsbereichen waren die Steigerungsraten zumeist unterdurchschnittlich, außer im Transport und Verkehr mit einem Anstieg von 3,4%. Dieser Bereich geht allerdings nur mit einem Gewicht von 5,5% in den Index ein.

Die kollektivvertraglichen Lohnvereinbarungen bestimmen die Entwicklung der Mindestlöhne, von welchen die tatsächliche Entlohnung abweichen kann. Diese sogenannte Lohndrift war nach 2021 auch 2022 deutlich positiv (Übersicht 6). Insgesamt stiegen die nominellen Bruttolöhne und -gehälter pro Kopf 2022 um 4,4% und damit deutlich stärker als die tariflichen Mindestlöhne. Durch den enormen Anstieg der Verbraucherpreise ergaben sich jedoch Reallohnverluste in Höhe von 3,9%. Die Nettolöhne und -gehälter pro Kopf werden laut WIFO-Prognose vom März 2023 preisbereinigt ebenfalls deutlich schrumpfen (-3,4%), auf-

grund der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen jedoch etwas schwächer als in der Bruttobetachtung.

Positiven Einfluss auf die Entwicklung der Löhne und Gehälter übte im Jahr 2022 die erneut kräftige Ausweitung der unselbstständigen Beschäftigung um 3,2% gegenüber dem Vorjahr aus. Demgegenüber veränderte sich die effektive Pro-Kopf-Arbeitszeit kaum. Über alle Branchen lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der unselbstständig Beschäftigten 2022 bei 27,6 Stunden – ein geringfügiger Rückgang von 0,3% gegenüber 2021.

Wird bei der Analyse der Einkommensentwicklung die Arbeitsstunde als Bezugspunkt gewählt, ergibt sich für 2022 sowohl in der Brutto- als auch in der Nettobetachtung mit real -3,6% bzw. -3,2% (laut WIFO-Prognose vom März 2023) nochmals ein deutlicher Rückgang der Löhne und Gehälter gegenüber der ohnehin rückläufigen Vorjahresentwicklung. Im Gegensatz zu 2021 war die Dynamik der Stundenentgelte kaum noch von der Veränderung der geleisteten Arbeitsstunden getrieben, sondern beruhte im Wesentlichen auf der starken Beschleunigung der Inflation.

Übersicht 6: Entwicklung der Löhne und Gehälter

	2020	2021	2022
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Löhne und Gehälter, insgesamt			
Brutto	- 0,2	+ 4,8	+ 7,7
Netto ¹⁾	+ 0,5	+ 4,0	+ 8,2
Beschäftigte ²⁾	- 2,4	+ 2,2	+ 3,2
Löhne und Gehälter pro Kopf ³⁾			
Brutto nominell	+ 2,2	+ 2,5	+ 4,4
Brutto real ⁴⁾	+ 0,8	- 0,3	- 3,9
Netto nominell ¹⁾	+ 3,0	+ 1,7	+ 4,9
Netto real ¹⁾⁴⁾	+ 1,6	- 1,1	- 3,4
Geleistete Arbeitsstunden pro Kopf ³⁾			
	- 7,2	+ 3,2	- 0,3
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde			
Brutto nominell	+10,1	- 0,7	+ 4,6
Brutto real ⁴⁾	+ 8,6	- 3,4	- 3,6
Netto nominell ¹⁾	+11,0	- 1,5	+ 5,1
Netto real ¹⁾⁴⁾	+ 9,4	- 4,1	- 3,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ 2022: laut WIFO-Konjunkturprognose vom März 2023. – ²⁾ Unselbstständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ³⁾ Je unselbstständiges Beschäftigungsverhältnis. – ⁴⁾ Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (VPI).

2.4 Konsumnachfrage erreicht fast Vorkrisenniveau – Teuerung belastet die privaten Haushalte und steigert die Unsicherheit

Nach einem starken Rebound im Jahr 2021 wurden die Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) auch 2022 kräftig ausgeweitet: nach vorläufigen Daten von Statistik Austria lagen sie real um 4,1% über dem Niveau von 2021 (Übersicht 7). Damit erreichte die private

Konsumnachfrage bereits wieder annähernd das Vorkrisenniveau (preisbereinigt -1,6 Mrd. € gegenüber 2019). Nominell stieg der private Konsum im Vorjahresvergleich um beachtliche 12,0% und war bereits um 22,1 Mrd. € höher als 2019. Die starke nominelle Ausweitung war nicht nur der soliden Nachfrage (vor allem nach Dienstleistungen) geschuldet, sondern auch den lebhaften Preisanstiegen in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens (siehe Kapitel 2.5).

Übersicht 7: Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Konsumquote

	Privater Konsum ¹⁾		Persönlich verfügbares Einkommen		Konsumquote ²⁾
	Nominell	Real ³⁾	Nominell	Real ³⁾	
	Veränderung in % p. a.				
Ø 2010/2014	+ 3,0	+ 0,5	+ 2,4	- 0,1	+ 0,6
Ø 2014/2018	+ 3,0	+ 1,3	+ 3,1	+ 1,3	- 0,1
Ø 2018/2022	+ 3,2	- 0,1	+ 3,5	+ 0,3	- 0,3
2019	+ 2,3	+ 0,5	+ 3,4	+ 1,6	- 1,0
2020	- 6,6	- 8,0	- 1,4	- 2,9	- 5,3
2021	+ 5,9	+ 3,6	+ 4,3	+ 1,9	+ 1,6
2022	+12,0	+ 4,1	+ 8,2	+ 0,6	+ 3,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Konsum in % des persönlichen verfügbaren Einkommens. – ³⁾ Auf Basis von Vorjahrespreisen.

Durch Entlastungs- sowie Anti-Teuerungsmaßnahmen wurde versucht, die Auswirkungen der hohen Inflation auf die heimischen Haushalte abzufedern (siehe Kapitel 2.2). Der Bund stellte 2022 im Rahmen von kurzfristigen Maßnahmen insgesamt 6,3 Mrd. € für die privaten Haushalte bereit, weitere 600 Mio. € kamen von den Ländern. Die umfangreichsten Maßnahmen des Bundes waren die Erhöhung des Klimabonus sowie des Anti-Teuerungsbonus (2,8 Mrd. €), der Ener-

giekostenausgleich (630 Mio. €), der Teuerungsausgleich (430 Mio. €) sowie Einmalzahlungen im Rahmen der Familienbeihilfe (330 Mio. €). Der Großteil der Hilfsleistungen wurde in Form von monetären Transfers gewährt, ein kleiner Teil in Form von Steuererleichterungen, wodurch die verfügbaren Haushaltseinkommen deutlich gestützt wurden. In Summe lagen die verfügbaren Einkommen 2022 um 8,2% (nominell) bzw. 0,6% (real) über dem Vorjahresniveau. Die hohen

Kurzfristig wirkende Entlastungs- sowie Anti-Teuerungsmaßnahmen von Bund und Ländern stützten 2022 die verfügbaren Haushaltseinkommen. Der hohe Preisauftrieb im Jahresverlauf dämpfte jedoch die reale Entwicklung. Die Sparquote war 2022 weiterhin hoch.

Preissteigerungen dämpften merklich das reale Einkommenswachstum. Die Sparquote der privaten Haushalte sank 2022 nach zwei Jahren im zweistelligen Bereich (2020: 13,3%, 2021: 12,0%) auf voraussichtlich 8,8%. Im Vergleich seit 2010 war sie damit weiterhin überdurchschnittlich hoch.

Betrachtet man die Entwicklung der Konsumnachfrage 2022 im Detail, so lassen sich einige Auffälligkeiten erkennen:

- Der Konsum von dauerhaften Konsumgütern (gemäß Inländerkonzept), welche typischerweise teurer sind (z. B. Fahrzeuge, Möbel oder Elektrogeräte), nahm kräftig ab (-3,9%, real). Dementsprechend sank auch die Zahl der Pkw-Neuzulassungen der privaten Haushalte abermals stark (-8,9% gegenüber dem Vorjahr).
- Die Ausgabenbereitschaft für Dienstleistungen, etwa für Erholungs- und Freizeitaktivitäten oder für Dienstleistungen der Beherbergung und Gastronomie, entwickelte sich dagegen trotz der hohen Teuerung, die auch diese Bereiche betraf,

sehr dynamisch. Im Vorjahresvergleich stieg der Dienstleistungskonsum um 15,3% (real). Nach den beiden Pandemiejahren 2020 und 2021 mit zahlreichen Einschränkungen spiegelt sich darin auch ein gewisser Nachholeffekt. Dies lässt sich auch an den hohen Wachstumsraten der Konsumausgaben von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland ablesen (2022 +44,6%). Diese Ausgaben legten nach einem starken Rebound 2021 im Jahr 2022 nochmals deutlich zu.

- Ein spürbarer Nachfragerückgang war preisbereinigt im Bereich nichtdauerhafter Konsumgüter zu beobachten (-6,6%). Hierzu zählen neben Nahrungsmitteln und Getränken auch Energie sowie Treibstoffe. Bei solchen Gütern wirkt eine hohe Teuerung unmittelbar dämpfend auf den Ausgabenspielraum der privaten Haushalte. Die einkommensstützenden Maßnahmen verhinderten in diesen Bereichen einen noch stärkeren Nachfrageeinbruch, wenngleich nicht alle Haushalte im selben Ausmaß von den Maßnahmen profitierten (Budgetdienst, 2022; Maidorn & Reiss, 2022).

Übersicht 8: Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	Ø 2010/ 2014	Ø 2014/ 2018	Ø 2018/ 2022	2019	2020	2021	2022
	Veränderung in % p. a.						
Inlandskonsum	+ 0,5	+ 1,2	- 0,6	+ 0,6	- 8,9	+ 0,5	+ 6,1
Dauerhafte Konsumgüter	- 0,1	+ 1,6	- 0,6	+ 0,0	- 2,6	+ 4,3	- 3,8
Halbdauerhafte Konsumgüter	+ 1,6	+ 1,3	- 0,8	- 0,3	- 10,5	+ 3,3	+ 4,9
Nichtdauerhafte Konsumgüter	- 0,6	+ 1,0	- 0,9	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,5	- 6,6
Dienstleistungen	+ 1,0	+ 1,3	- 0,4	+ 0,8	- 14,3	- 1,2	+ 15,3
Konsum von Tourist:innen in Österreich	+ 0,4	+ 3,3	- 7,8	+ 2,3	- 44,0	- 32,5	+ 86,6
Konsum von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland	- 1,6	+ 4,9	- 3,8	+ 2,0	- 63,7	+ 60,0	+ 44,6
Inländerkonsum	+ 0,4	+ 1,2	- 0,1	+ 0,5	- 8,3	+ 3,6	+ 4,2
Konsum privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,6	- 1,1	+ 3,5	+ 1,7
Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 0,5	+ 1,3	- 0,1	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	+ 4,1
Dauerhafte Konsumgüter	- 0,1	+ 1,7	- 0,4	+ 0,2	- 2,2	+ 4,4	- 3,9
Inländerkonsum ohne dauerhafte Konsumgüter	+ 0,6	+ 1,2	- 0,0	+ 0,6	- 8,6	+ 3,5	+ 5,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Inländerkonsum . . . Inlandskonsum abzüglich des Konsums von Tourist:innen in Österreich zuzüglich des Konsums von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland.

Das Konsument:innenvertrauen (auf Basis des saisonbereinigten Saldos des harmonisierten EU-Konsumklimaindikatoren) hatte sich nach dem Einbruch zu Beginn der COVID-19-Pandemie bis zum Herbst 2021 verbessert, nahm jedoch in der Folge bereits vor Ausbruch des Ukraine-Krieges wieder ab. Der Rückgang beschleunigte sich in den Monaten unmittelbar nach Kriegsausbruch, als die hohe Unsicherheit auch bei den privaten Haushalten deutlich in den Befragungen sichtbar wurde. Im Juli 2022 erreichte das Konsument:innenvertrauen in Österreich per Saldo -33,4 Punkte und damit einen neuen Tiefstwert. Im weiteren Jahresverlauf

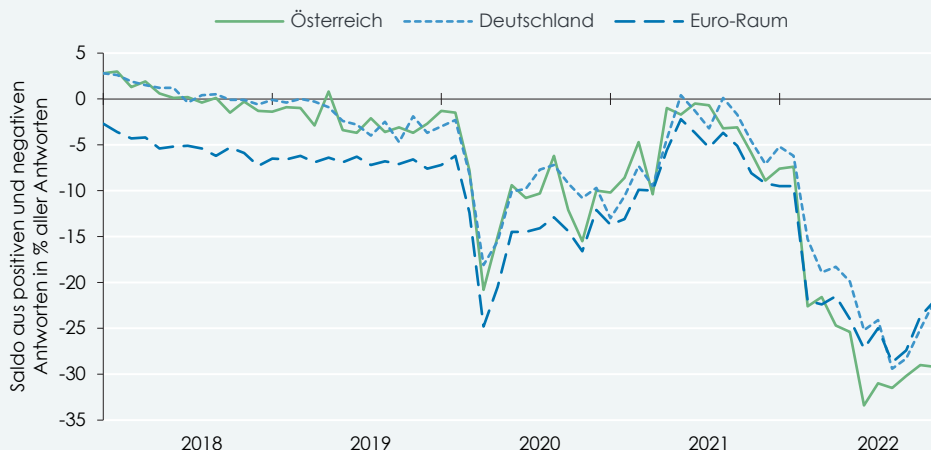
pendelten sich die Werte dann bei rund -30 Punkten ein. Dies steht etwas im Gegensatz zur Entwicklung in Deutschland wie auch im Euro-Raum insgesamt. Dort wurde der Tiefststand etwas später verzeichnet, während der Anstieg gegen Jahresende kräftiger ausfiel (Abbildung 8).

Die Umsätze im Handel insgesamt hatten sich 2021 trotz neuerlicher Lockdowns robust entwickelt (nominell +11,2%, real +4,7% gegenüber dem Vorjahr). Dies war in erster Linie den massiven Umsatzverlusten im Krisenjahr 2020 geschuldet. 2022 dagegen dämpften primär die hohe Teuerung wie auch die

Unsicherheit aufgrund der geopolitischen Lage das Ergebnis. Der nominelle Umsatzzuwachs war zwar weiterhin zweistellig (+11,6%), berücksichtigt man jedoch den rasanten Preisanstieg (Handel insgesamt: 2022 +13,0%, 2021 +6,1%), so ergibt sich ein realer Umsatzrückgang von 1,2%. Der hohe Preisauftrieb erfasste im Jahresverlauf alle Bereiche des Handels; am kräftigsten war er im

Großhandel (ohne Kfz-Handel) mit +15,7%. Dies ließ die nominellen Umsätze dieser Branche überdurchschnittlich stark steigen (+17%), während real nur ein Zuwachs von 1,1% verblieb. Ein schwaches Jahr verzeichnete der Kfz-Handel. Hier sanken die nominellen Umsätze um 1,5%, wodurch sich ein realer Rückgang von 10,8% ergab.

Abbildung 8: **Entwicklung des saisonbereinigten Konsumklimaindikatoren**



Q: Europäische Kommission, WIFO-Darstellung. Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten zur vergangenen und künftigen finanziellen Situation des Haushaltes, zur Ansicht über die künftige allgemeine Wirtschaftslage und zu geplanten größeren Anschaffungen. Saisonbereinigt durch Eurostat mittels Tramo-Seats.

Übersicht 9: **Entwicklung im Handel**

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz-Handel)	Einzelhandel (ohne Kfz-Handel)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Umsätze, nominell				
2020	- 5,3	- 10,7	- 7,0	+ 0,1
2021	+ 11,2	+ 12,1	+ 14,9	+ 5,1
2022	+ 11,6	- 1,5	+ 17,0	+ 8,1
Umsätze, real				
2020	- 4,8	- 12,5	- 5,3	- 0,2
2021	+ 4,7	+ 9,2	+ 4,6	+ 3,0
2022	- 1,2	- 10,8	+ 1,1	- 0,8
Preise (Ø 2015 = 100)				
2020	- 0,5	+ 2,0	- 1,8	+ 0,4
2021	+ 6,1	+ 2,7	+ 9,7	+ 1,9
2022	+ 13,0	+ 10,3	+ 15,7	+ 9,0
Beschäftigung				
2020	- 1,7	- 1,8	- 1,5	- 1,8
2021	+ 0,7	- 0,6	+ 0,4	+ 1,1
2022	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,3

Q: Statistik Austria.

Im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) stiegen die Umsätze zwar nominell um 8,1%, unter Berücksichtigung der hohen Preissteigerungen sank das Absatzvolumen jedoch um

0,8%. Dieses Muster eines nominellen Zuwachses, gepaart mit einem realen Rückgang, fand sich 2022 in einigen bedeutenden Einzelhandelsbranchen.

Die Beschäftigung im Handel insgesamt entwickelte sich im Jahr 2022 sehr robust, das Wachstum war mit +1,5% doppelt so stark wie im Jahr davor. Die kräftigen Einbußen aus dem ersten Pandemiejahr 2020 (-1,7%) konnten damit kompensiert werden. Einen deutlichen Beschäftigungszuwachs verzeichnete 2022 der Großhandel (+2,2%), im Einzelhandel stieg die Beschäftigung das zweite Jahr in Folge um über 1%. Auch der Kfz-Handel weitete seinen Personalstand aus (+1,0%).

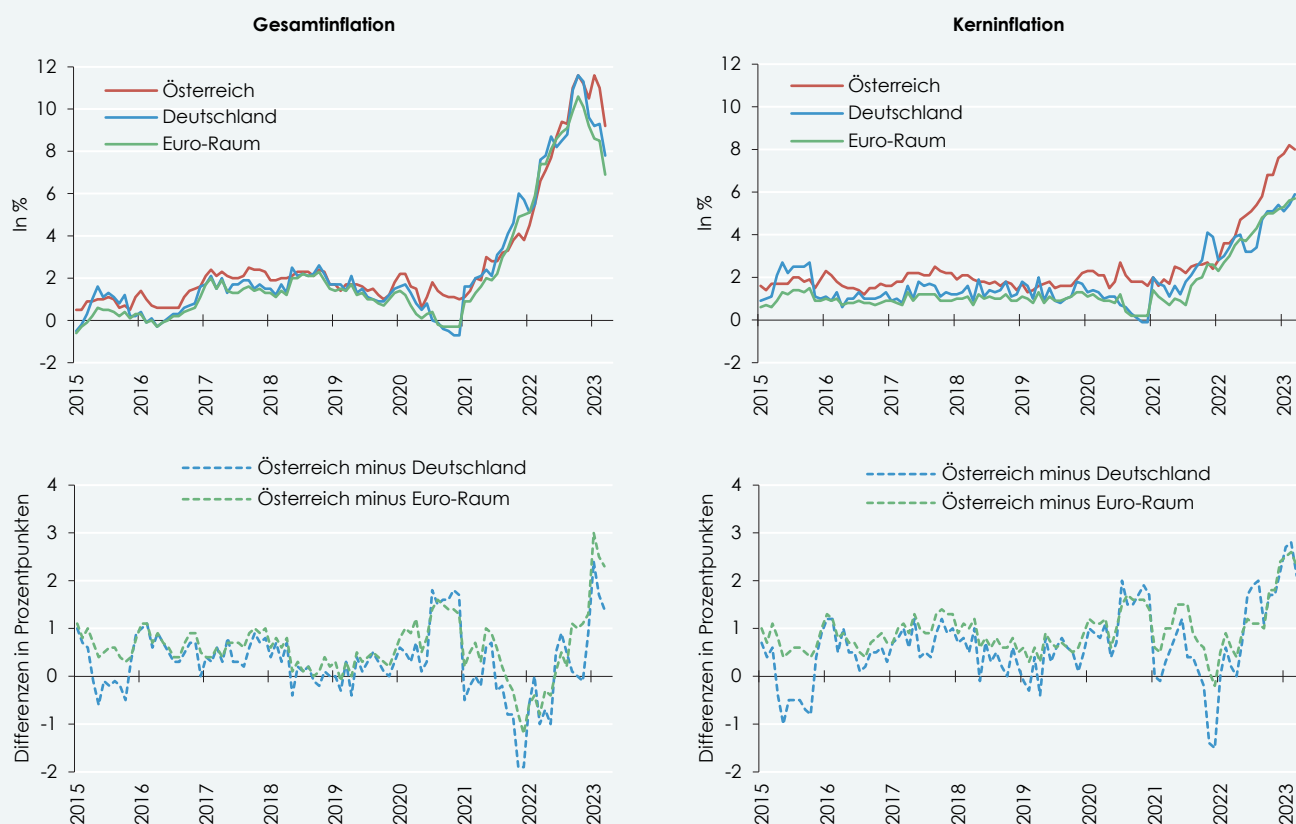
Die Inflationsrate betrug im Jahresdurchschnitt 2022 8,6%; sie stieg dabei von 5% im Jänner auf 11% im Oktober und nahm zum Jahresende wieder leicht ab. Vor allem Energie verteuerte sich mit +39,2% sehr stark.

2.5 Höchste Teuerung seit den 1970er-Jahren

Der Auftrieb der Verbraucherpreise (laut VPI) im Jahr 2022 war in Österreich wie auch in anderen europäischen Ländern bis zum Sommer vor allem auf die starke Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln zurückzuführen. Ab dem Sommer bewirkte der unterschiedliche Maßnahmenmix in den

Euro-Ländern als Reaktion auf die Teuerung, dass die (Kern-)Inflation in Österreich stärker zunahm als in Deutschland bzw. im Durchschnitt des Euro-Raums (Sgaravatti et al., 2023; Arregui et al., 2022; Baumgartner et al., 2022). Während etliche Länder (insbesondere Spanien, Portugal, Frankreich) direkt in die Preisbildung vor allem der Haushaltsenergietarife eingriffen, setzte Österreich den Schwerpunkt der Maßnahmen darauf, die Auswirkungen der Teuerung auf die Kaufkraft abzufedern. In Österreich wirkten das Aussetzen des Ökostrom-Förderbeitrages (ab Jahresbeginn 2022), die Reduktion der Energieabgabe für Gas und Strom (ab dem Frühjahr) und die Strompreisbremse (ab Dezember) leicht dämpfend auf die Inflationsentwicklung (-¼ Prozentpunkt). Prammer und Reiss (2023) schätzen, dass dieser inflationsdämpfende Effekt durch den nachfragebedingt höheren Inflationsbeitrag infolge der Einkommensstützungen in etwa ausgeglichen wurde.

Abbildung 9: Inflation in Österreich, Deutschland und dem Euro-Raum



Q: Macrobond, Eurostat, WIFO-Berechnungen. Kerninflation ohne Energie und Lebensmittel (einschließlich Alkohol und Tabak).

Durch die Überwälzung der höheren Kosten (insbesondere für Energie) an die Endverbraucher:innen gewannen deren indirekte Effekte im Jahresverlauf immer mehr an Bedeutung, was sich in einem Anstieg der Kerninflation spiegelte. Zu Jahresende

trugen Industriegüter (3 Prozentpunkte) und Dienstleistungen (3,2 Prozentpunkte) wieder stärker zur Gesamtinflation (+10,2%) bei als die Energiepreise (2,0 Prozentpunkte), deren Auswirkung durch die ab Dezember 2022 wirksame Strompreisbremse gedämpft wird.

Übersicht 10: Entwicklung des (harmonisierten) Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2021	2022	I. Quartal 2022	II. Quartal 2022	III. Quartal 2022	IV. Quartal 2022
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 2,8	+ 8,6	+ 5,8	+ 7,9	+ 9,8	+ 10,6
Kerninflationsrate des VPI ¹⁾	+ 2,2	+ 5,6	+ 3,9	+ 4,8	+ 6,1	+ 7,4
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 2,6	+ 9,9	+ 5,6	+ 8,9	+ 11,0	+ 14,1
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 5,7	+ 14,5	+ 10,7	+ 16,2	+ 17,0	+ 13,9
Gebühren und Tarife	+ 1,1	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	+ 3,4
VPI-COICOP-Gruppen						
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,8	+ 10,7	+ 5,0	+ 9,6	+ 13,1	+ 15,2
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 2,4	+ 3,5	+ 2,3	+ 3,7	+ 3,9	+ 4,3
Bekleidung und Schuhe	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 4,5
Wohnung, Wasser, Energie	+ 3,6	+ 12,6	+ 7,6	+ 9,7	+ 15,4	+ 17,7
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 1,8	+ 7,7	+ 4,3	+ 6,3	+ 8,4	+ 11,6
Gesundheitspflege	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,6
Verkehr	+ 6,6	+ 16,2	+ 12,6	+ 19,7	+ 18,7	+ 13,9
Nachrichtenübermittlung	- 2,9	- 0,6	+ 1,3	- 0,1	- 1,4	- 2,5
Freizeit und Kultur	+ 2,4	+ 3,8	+ 4,5	+ 3,2	+ 4,1	+ 3,3
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,9
Restaurants und Hotels	+ 3,4	+ 8,9	+ 6,6	+ 7,4	+ 9,9	+ 11,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 1,3	+ 3,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,8	+ 4,9
VPI-Sondergliederung						
Unverarbeitete Nahrungsmittel ²⁾	+ 1,5	+ 10,1	+ 4,7	+ 10,1	+ 11,6	+ 13,9
Verarbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 1,0	+ 8,5	+ 4,2	+ 7,2	+ 10,5	+ 12,1
Energie	+ 12,3	+ 39,2	+ 30,0	+ 39,3	+ 47,3	+ 39,6
Industriegüter	+ 2,0	+ 7,4	+ 5,0	+ 6,5	+ 8,0	+ 9,7
Dienstleistungen	+ 2,2	+ 4,6	+ 3,2	+ 3,8	+ 5,0	+ 6,0
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)						
Insgesamt						
Österreich	+ 2,8	+ 8,6	+ 5,5	+ 7,9	+ 9,9	+ 11,1
Deutschland	+ 3,2	+ 8,7	+ 6,1	+ 8,3	+ 9,4	+ 10,8
Euro-Raum	+ 2,6	+ 8,4	+ 6,1	+ 8,0	+ 9,3	+ 10,0
Kerninflation						
Österreich	+ 2,3	+ 5,1	+ 3,3	+ 4,5	+ 5,5	+ 7,1
Deutschland	+ 2,2	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,8	+ 5,2
Euro-Raum	+ 1,5	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,7	+ 4,4	+ 5,1

Q: Macrobond, Statistik Austria, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Energie und Lebensmittel (einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak). – ²⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ³⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Bei Nahrungsmitteln beschleunigte sich der Preisauftrieb durch hohe Agrar- und Energieerohstoffkosten im Jahresverlauf von +4,9% im Jänner auf +16,3% im Dezember. Im Jahresdurchschnitt 2022 zogen die Nahrungsmittelpreise um 10,7% an (2021 +0,8%).

Der BIP-Deflator als Indikator für Preisänderungen in der gesamtwirtschaftlichen Produktion stieg 2022 um voraussichtlich 5% (2021 +1,9%)⁶⁾. Rund ein Viertel dieses Preisanstiegs ist jeweils auf den Zuwachs der Arbeitnehmerentgelte und der Bruttobe-

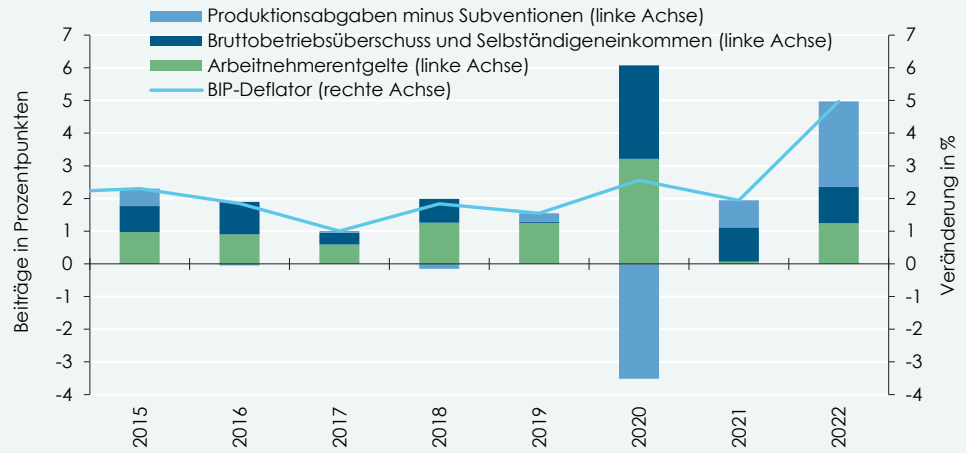
triebsüberschüsse zurückzuführen, etwa die Hälfte auf den Zuwachs der Produktionsabgaben ohne Subventionen (Abbildung 10). Der Anteil der Letzteren war 2022 im langjährigen Vergleich sehr hoch⁷⁾. Nach Wirtschaftsbereichen dürfte es 2022 vor allem in der Energiewirtschaft (ÖNACE 2008, Abschnitte B, D und E), im Bauwesen (Abschnitt F) und in der Land- und Forstwirtschaft (Abschnitt A) zu beträchtlichen Steigerungen des Betriebsüberschusses gekommen sein (Abbildung 11).

⁶⁾ Nach vorläufigen Daten auf der Basis der Vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das IV. Quartal 2022, veröffentlicht am 28. Februar 2023 durch Statistik Austria.

⁷⁾ Es sei darauf hingewiesen, dass die Daten der Vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

bis zur Präsentation der Jahresrechnung im September 2023 noch mehrfach revidiert werden. Bei den Deflatoren der Wertschöpfung sowie den Gütersteuern und Gütersubventionen gab es in der Vergangenheit die größten Revisionen.

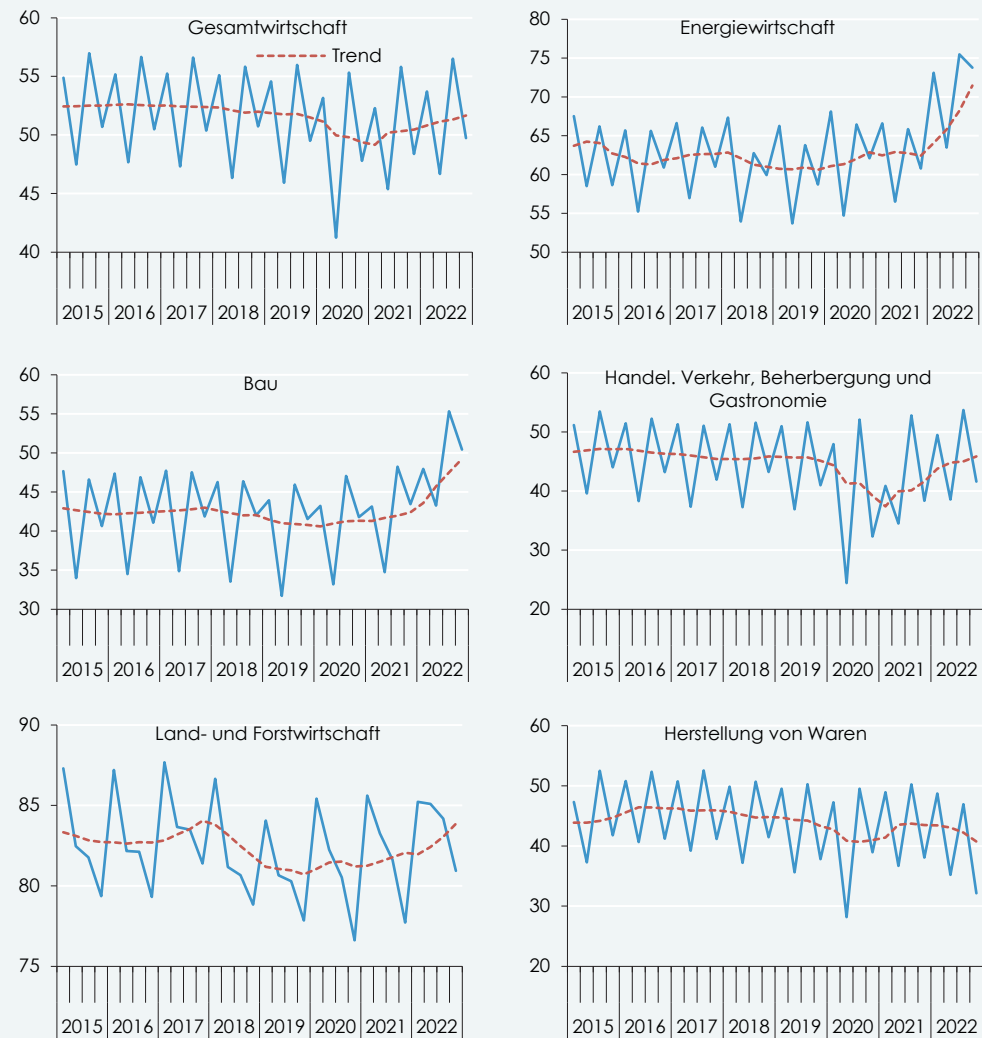
Abbildung 10: Zerlegung des BIP-Deflators



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 11: Anteil des erweiterten Bruttobetriebsüberschusses an der Bruttowertschöpfung in Österreich

In %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen einschließlich Nettosteuern = Bruttowertschöpfung abzüglich Arbeitnehmerentgelte.

3. Literaturhinweise

- Arregui, N., Celasun, O., Iakova, D. M., Mineshima, A., Mylonas, V., Toscani, F., Ching Wong, Y., Zeng, L., & Zhou, J. (2022). Targeted, implementable, and Practical Energy Relief Measures for Households in Europe. *IMF Working Papers*, (262). <https://www.imf.org/-/media/Files/Publications/WP/2022/English/wpica2022262-print-pdf.ashx>.
- Baumgartner, J., Scheiblecker, M., & Url, T. (2022). Maintaining credibility is currently the top priority. *Monetary Dialogue Papers*. Europäisches Parlament. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2022/733995/IPOL_IDA\(2022\)733995_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2022/733995/IPOL_IDA(2022)733995_EN.pdf).
- Budgetdienst (2022). *Verteilungswirkung der drei Maßnahmenpakete zum Teuerungsausgleich*.
- Ederer, S., Köppl, A., & Schratzenstaller, M. (2023). Europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik 2022/23. Große Herausforderungen durch Inflation und Energiekrise. *WIFO-Monatsberichte*, 96(3), 153-165. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/70699>.
- Fritz, O., & Burton, A. (2022). Tourismusanalyse: Sommernachfrage 2022 beinahe auf Vorkrisenniveau, gute Buchungslage zu Winterbeginn. *WIFO Research Briefs*, (26). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70470>.
- Kletzan-Slamani, D., Köppl, A., Sinabell, F., Kirchmayr, S., Müller, S., Rimböck, A., Voit, T., Heher, M., & Schanda, R. (2022). *Analyse klimakontraproduktiver Subventionen in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69687>.
- Köppl, A., Schleicher, S., & Schratzenstaller, M. (2023). Der Beitrag des österreichischen Abgabensystems zur sozio-ökologischen Transformation. *WIFO Research Briefs*, (3). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70654>.
- Maidorn, S., & Reiss, L. (2022). How Effective Were Fiscal Support Measures in Absorbing the Inflation-induced Rise in Consumption Expenditures in 2022?. *Büro des Fiskalrates, Working Paper*, (8).
- Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2022). Budgetvoranschlag zwischen COVID-19- und Anti-Teuerungsmaßnahmen. Bundesvoranschlag 2023 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2023 bis 2026. *WIFO-Monatsberichte*, 95(12), 795-807. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/70479>.
- Prammer, D., & Reiss, L. (2023). Fighting (the effects of) inflation: government measures in Austria and the EU. *Monetary Policy & The Economy*, (Q4/22-Q1/23), 95-106. <https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Geldpolitik-und-Wirtschaft/2023/monetary-policy-and-the-economy-q4-22-q1-23/monetary-policy-and-the-economy-q4-22-q1-23.html>.
- Sgaravatti, G., Tagliapietra, S., Trasi, C., & Zachmann, G. (2023). National Fiscal Policy Responses to the Energy Crisis. Bruegel Datasets, first published 4 November 2021. <https://www.bruegel.org/dataset/national-policies-shield-consumers-rising-energy-prices>.
- Url, T. (2023). Hohe Inflation führt zu Kurswechsel in der Geldpolitik. *WIFO-Monatsberichte*, 96(4), 269-281. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/70747>.